

Suche

>>

Einzelansicht des Artikels

Egelsbach - Politik

Vernichtung wertvoller Rechte

Egelsbach/Langen (DZ/hs) – Wer gedacht hatte, dass es in der Auseinandersetzung um die Übernahme der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG) durch die US-Firma „NetJets“ zu einer kurzen Atempause bis zur Entscheidung über die Zulässigkeit der Bürgerbegehren in den beiden Nachbarkommunen kommen würde, hat sich getäuscht. Bei den Fluglärm-Gegnern in Egelsbach und Langen schrillen vielmehr die Alarmglocken lauter denn je. Sie haben nämlich erfahren, dass die Bürgermeister Rudi Moritz und Frieder Gebhardt am Mittwoch letzter Woche, also am Tag nach der letzten Sondersitzung des Egelsbacher Parlaments, einen neuen Gesellschaftervertrag unterzeichnet haben.

Durch diesen könnten, so fürchtet Harald Eßer, die sogenannten Protokollnotizen aus dem Jahr 1998, die unter anderem eine Verlängerung der Start- und Landebahn sowie eine Erhöhung des äquivalenten Dauerschallpegels nur bei einem einstimmigen Votum der Gesellschafter zulassen, außer Kraft gesetzt werden. „Das hätte natürlich für Egelsbach besonders gravierende, um nicht zu sagen katastrophale Folgen“, ist der Fraktionsvorsitzende der örtlichen Grünen überzeugt. Denn dann wäre der Egelsbacher Anteil an der HFG – wie auch der Langener – nahezu wertlos und „NetJets“ könnte auf den von den Fluglärm-Gegnern befürchteten Expansionskurs gehen.

Wie Eßer ist auch Günther de las Heras empört darüber, dass Bürgermeister Moritz „zum wiederholten Mal seine Kompetenzen überschreitet“. Denn der Rathaus-Chef hat nach Angaben des Sprechers der „Fluglärm-Abwehrgemeinschaft Egelsbach“ (FLAG-E) „ohne Vollmacht oder Auftrag des Gemeindevorstandes beziehungsweise des Parlaments den neuen Vertrag unterschrieben“. Durch diesen „rechtlich bedenklichen Alleingang“ würden laut de las Heras „unsere sich aus der Beteiligung an der HFG ergebenden wertvollen Rechte vernichtet und damit die Ziele unseres Bürgerbegehrens unterwandert“.

Selbiges wendet sich ja bekanntlich gegen den Verkauf der Egelsbacher Anteile an der HFG, aber wenn die Gemeinde durch die Ablösung der Protokollnotizen keine Handlungsmöglichkeit beziehungsweise kein Veto-Recht mehr besitze, mache eine Beteiligung an der Flugplatz-Betreiberin keinen Sinn. Daher müsse, so de las Heras und Eßer unisono, dem eigenmächtigen Handeln von Moritz endlich Einhalt geboten werden. Das sei in diesem speziellen Fall noch möglich, betont der „FLAG-E“-Boss, da es sich bei der Flugplatz-Thematik um eine „wichtige Angelegenheit der Gemeinde handelt, über die letztendlich das Parlament befinden muss“. Somit sei Moritz' Unterschrift rechtsunwirksam.

Das sehen sowohl der Egelsbacher Bürgermeister als auch sein Langener Amtskollege ganz anders. „Bei dieser Angelegenheit gibt's keinen Gremienvorbehalt, denn die Protokollnotizen waren auch ohne Einschaltung des Parlaments verfasst worden“, sagte Frieder Gebhardt auf Nachfrage der Dreieich-Zeitung. Gleichzeitig räumte Langens Verwaltungsboss aber ein, dass die beiden Minderheitsgesellschafter nichts mehr zu sagen haben: „NetJets kann die Piste ohne einstimmiges Votum verlängern, wir können nur noch übers Planungsrecht Einfluss nehmen.“

Wie Gebhardt betont auch Rudi Moritz, dass der neue Gesellschaftervertrag den beiden Kommunen mehr Vorteile bringe als der bisherige: „Der alte Vertrag war rechtlich nicht so ganz astrein, die neuen Festlegungen etwa in Bezug auf den Dauerschallpegel oder das zulässige Maximalgewicht sind hingegen juristisch wasserdicht.“ Und auch Egelsbachs Bürgermeister sieht keine Notwendigkeit, warum er vor seiner Unterschrift unter das Paragrafenwerk die Gremien der Gemeinde hätte informieren sollen. „Das ist in der Hessischen Gemeindeordnung so festgelegt.“

Drucken | PDF Seite empfehlen



Artikelübersicht



zum Seitenanfang

Herausgeber:
Verlag Dreieich-Zeitung
Marc Stornfels

**Website
optimieren?**

**Kostenlose
Beratung.**
